



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/VII/51 - 1.3.1952

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 376 54-59
Fernschreiber 039 690

Zur Düsseldorfer Tagung des DGB	S. 1
Tory-England vor inneren Unruhen	S. 3
CSU geht Bündnisse mit Rechtsradikalen ein	S. 4
Der Geldsack und die Bonner Koalition	S. 5

Keine frohe Botschaft für den Kanzler

(sp) Die aufrüstungsfreudige Bundesregierung wird gut daran tun, dem Beschluß des Deutschen Gewerkschaftsbundes die Bedeutung zuzuerkennen, die er verdient. Der Gewerkschaftsbund bekräftigte auf seiner letzten Tagung in Düsseldorf erneut, daß über den deutschen Wehrbeitrag die politischen Instanzen zu entscheiden haben. Der DGB zitiert ausdrücklich das Grundgesetz, wonach die Entscheidung über einen deutschen Verteidigungsbeitrag "in die Hände des gesamten Volkes gelegt werden muß". Das bedeutet, daß die Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit dem gegenwärtigen Bundestag das Recht absprechen, sich in dieser für die Zukunft des Volkes so wesentlichen Frage festzulegen.

Den Vorsitz am zweiten Verhandlungstag führte Matthias Föcher, stellvertretender Gewerkschaftsvorsitzender des DGB-Vorstandes und Vorstandsmitglied der Christlichen Sozial-Ausschüsse. Es fehlte in der letzten Zeit nicht an hartnäckigen Bestrebungen, die "christlichen Gewerkschafter" in Gegensatz zur Gesamtheit des DGB zu bringen. Sogar Gerüchte von einer bevorstehenden Spaltung des DGB tauchten auf. Wer jedoch mit dieser Möglichkeit rechnete, muß über den Verlauf dieser Düsseldorfer Tagung bitter enttäuscht sein.

Für den Bundeskanzler, der sich für einen überaus geschickten Taktiker hält, mag das eine besonders unangenehme Überraschung sein. Die Tagung der führenden Gewerkschafts-Funktionäre macht offenbar, daß die von der Opposition aufgestellte Forderung nach Neuwahlen nicht ein, wie es die regierungsnahen Presse ständig behauptet, parteitaktisches, auf Mandatsgewinn ausgehen- des Manöver ist, sondern Ausdruck eines echten politischen Willens, wie er in solcher Intensität seit 1945 überhaupt noch nicht aufgetreten ist. Es ist dies eine elementare, die Wurzeln unseres Staates berührende Unruhe.

Jede Regierung, die sich demokratisch nennt, macht sich einer Todsünde schuldig, wenn sie diesen Volkswillen einfach verneint und sich über ihn hinwegsetzt. Der deutsche Wehrbeitrag, unter den gegenwärtigen Bedingungen von einer schwachen

Regierungs-Koalition durchgedrückt, würde von der Mehrheit des Volkes als ein Schlag ins eigene Gesicht empfunden werden, von den sonstigen Folgerungen ganz abgesehen.

Zu den wenigen positiven politischen Leistungen der Westalliierten, die sie nach dem deutschen Zusammenbruch auf deutschem Boden vollbrachten, gehörte die Wiedererrichtung der Gewerkschaften. Das hatte seine guten Gründe. Auch die Westalliierten hatten erkannt, daß die Gewerkschaften aufgrund ihrer Tradition und ihrer Ziele zu den verlässlichsten demokratischen Faktoren in einer wiederzuerrichtenden deutschen Demokratie gehören. Die in den Gewerkschaften zusammengefaßten Millionenmassen der deutschen Arbeitnehmerschaft waren vom Geist des deutschen Militarismus nicht infiziert. Hitler konnte nach seinem Machtantritt seine Wiederaufrüstung nur beginnen, nachdem er die Kraft der Gewerkschaften zerschlagen hatte und so die Bahn frei wurde für den Beginn kriegerischer Abenteuer.

Es fiel den Gewerkschaften nach 1945 nicht schwer, ihre Organisationen wieder aufzubauen. Eines der treibenden Motive war die nach langen schmerzlichen Erfahrungen erworbene Erkenntnis, daß die Aufgabe der Gewerkschaften sich nicht ausschließlich in der Er kämpfung höherer Löhne und sozialer Besserstellung für die Arbeitnehmerschaft erschöpft, sondern daß sie auch die Verpflichtung haben, durch Einflußnahme auf den politischen Raum zur allgemeinen Sicherung der demokratischen Grundlagen des Staates beizutragen.

Diese demokratischen Grundlagen sind heute durch eine Regierung bedroht, die es sich vorgenommen hat, ohne "allgemeine Zustimmung", wie es Staatssekretär Hallstein kürzlich ausdrückte, ihr Wiederbewaffnungs-Programm zu erfüllen. Die Gewerkschaften sprechen, das ist der Sinn dieser Düsseldorfer Tagung, der Adenauer-Regierung das Recht ab, auf dem bisherigen Wege weiterzugehen.

Das sollte auch im Auslande gehört werden. Was geschähe mit dem englischen oder amerikanischen Aufrüstungs-Programm, wenn die englischen und amerikanischen Gewerkschaften dies als eine einseitige Bedrohung ihrer lebenswichtigen Interessen empfinden würden? Ohne und gegen die Gewerkschaften kann man in diesen Ländern nicht mehr regieren - es ist auch kein verantwortlicher Staatsmann so töricht, dies auch nur zu versuchen. Will es die Bundesregierung? Sie ist eindeutig in die Isolierung getrieben. Sie kann nach Düsseldorf nicht mehr hoffen, auch durch noch so geschickte Winkelzüge die Gewerkschaften zu neutralisieren. Der einzige Weg, der aus einer verworrenen inneren und äußeren Lage herausführt, besteht in Neuwahlen zum Deutschen Bundestag. Aus diesen muß eine neue Regierung gebildet werden, die, gestützt auf alle staatserhaltenden Kräfte, stark genug ist, die Schicksalsprobleme zu meistern, vor denen wir als Volk und Staat stehen.

+ + +

Tories greifen Lebensstandard an

B.C. - London

Wie bereits berichtet, hat Schatzkanzler Richard Butler den "Budget Day", die Erklärung des Staatshaushaltsplanes vor dem Unterhaus, der traditionsgemäß normalerweise auf den 4. April fällt, vorverlegt, was bisher in der britischen Geschichte nur zweimal vorkam, vor 50 und vor etwas über 100 Jahren. Seine Erklärung dieser ungewöhnlichen Maßnahme ist der "Notstand der Nation", der mit Mitteln zu bekämpfen ist, die wirksam nur im Budget verkündet werden können.

Eines scheint heute schon klar zu sein: Die Lebensmittelsubventionen werden drastisch gesenkt werden. Denn schon seit Wochen geht in der konservativen Presse eine offenbar inspirierte Kampagne vor sich, derzufolge die Subsidien, durch die bisher die Preise der notwendigen Lebensmittel (Brot, Zucker, Fleisch, Butter, Margarine, Speck, Eier, Tee, Fett) erschwinglich gehalten wurden, dem britischen Volke "die wahre Lage der Nation verschleiern" und es dazu veranlaßt hätten, "in einem Narrenparadies" zu leben.

Die gegenwärtige Höhe der Lebensmittelsubsidien ist 400 Mio Pfund je Jahr. Es wird angenommen, daß Butler diesen Betrag um ein Viertel bis ein Drittel senken wird. Das wird, da die rationierten Lebensmittel sich entsprechend verteuern müssen, für den Durchschnittshaushalt (Mann, Frau, zwei Kinder) eine Mehrbelastung von acht bis zwölf Shilling je Woche ausmachen, was angesichts der seit Beginn der konservativen Regierung ansteigenden Mieten und den von Butler bereits eingeführten Zahlungen für Zahnarzt und Apotheke bei einem Durchschnittslohn von etwa sieben Pfund je Woche ein ernstliches Absinken des Lebensstandards der breiten Massen bedeuten muß.

Die Absicht der Regierung scheint zu sein, die Lebenshaltung der Massen bewußt zu senken, um in den Betrieben "Disziplin wiederherzustellen", d.h. also die von den Gewerkschaften erkämpften besseren Arbeitsbedingungen wieder zu verschlechtern. In diesem Zusammenhang ist es interessant, daß von Mitte Dezember bis Mitte Januar sich die Zahl der Erwerbslosen um 75000 erhöht hat - etwa das

Dreifache der normalen saisonmäßigen Zahl. Arbeitslosigkeit ist ein weiteres Mittel zur "Wiederherstellung der Betriebsdisziplin", und schon seit langem theoretisieren konservative Wirtschaftsfachleute, daß "der britische Arbeiter nur dann für einen anständigen Lohn einen anständigen Arbeitstag leiste, wenn sich um je drei offene Stellen fünf Mann bewerben". (Economist).

Angesichts der ständig steigenden Preise und Profite wird es den Gewerkschaften schwerfallen, (falls sie es versuchen sollten), die Lohnforderungen der Arbeiterschaft zu mässigen, wie sie es während der Amtszeit der Labourregierung mit grossem Erfolg taten. Damals hatte jeder Arbeiter das Gefühl, "dies ist unsere Regierung, die für uns tut, was menschenmöglich ist". Heute, unter der Toryregierung bläst ein ganz anderer Wind, und man muss sich darüber klar sein, dass der Weg der Regierung Churchills zu Streik, zu Arbeitsunruhen und zum wirtschaftlichen Ruin Grossbritanniens führt.

+ + + + +

CSU mit Neofaschisten Arm in Arm

H.P. Am 30. März finden in Bayern die Gemeindewahlen statt. Die Wahlen werfen ihre Schatten voraus, und es sind teilweise recht schwarze Schatten. In Kulmbach ist seit Jahren der Sozialdemokrat Georg Hagen als Oberbürgermeister erfolgreich tätig. Er wurde mit 7.100 Stimmen gewählt, während alle übrigen Parteien zusammen nur 6.600 Stimmen auf ihren Listen vereinigen konnten.

Diese Tatsache war den sogenannten bürgerlichen und christlichen Parteien schon längst ein Dorn im Auge. Sie haben jetzt einen "parteilosen Kandidaten" auf den Schild gehoben, um ihn den Kulmbacher Bürgern zu präsentieren. Die CSU, BP und FDP haben sich mit den neofaschistischen Deutschen Block verbündet, um den lästigen Sozialdemokraten aus dem Feld zuschlagen. Wenn es gegen die SPD geht, werden alle Prinzipien und Grundsätze über Bord geworfen. Der "parteilose Kandidat" Amtsgerichtsrat Heinrich, der in Metz geboren ist, evangelisch war und während der Nazizeit aus der Kirche austrat, ist 33-jähriger Pg und Mitglied der SA gewesen. Man empfiehlt den Wählern also von den so betont christlichen Parteien, lieber einen Bürgermeister zu wählen, der nicht

in der Kirche ist, als einen Sozialdemokraten, obwohl dieser Kirchen-
vorstand der evangelischen Kirche in Kulmbach ist.

Vielleicht wäre es möglich, über ein solches Vorkommnis hinweg-
zusehen, wenn nicht aus der Gemeinde Rodach bei Coburg bekannt gewor-
den wäre, dass dort die CSU ebenfalls mit dem Deutschen Block und
einigen anderen Gruppen gleichfalls über die Aufstellung eines ge-
meinsamen Bürgermeisterkandidaten verhandelt.

Ebenso bedenklich sind aber auch Berichte, dass katholische Krei-
se bewusst dahin arbeiten, in einer geradezu gegenreformatorischen
Art in rein protestantischen Gegenden Bayerns unter allen Umständen
katholische Kandidaten zu favorisieren. Es wird interessant sein, zu
sehen, in welcher Weise die evangelischen Kirchenbehörden auf solche
Versuche reagieren werden.

+ + +

Es geht um Bonn

(sp) Zahlreichen Unternehmern in Südwestdeutschland ging folgende
Schreiben zu:

Eugen Wirsching
Arbeitsminister

Tübingen, den 1.2.1952

Firma

x . . .

x . . .

Sehr geehrte Herren!

Im Auftrag von Bundesminister Professor Dr. Erhard werden in den näch-
sten Tagen die Herren

Dr. Stark, Verlagsleiter des "Wirtschaftsbildes" und

Dr. Arens, Schwager des Staatssekretärs Dr. Lenz

vom Bundeskanzleramt

nach dort kommen, um über die Wahlfinanzierung in Württemberg-Hohen-
zollern mit Ihnen Rücksprache zu nehmen.

Ich bitte Sie, die Herren empfangen zu wollen und Verständnis da-
für zu haben, dass es bei der bevorstehenden Wahl im Südwesten unserer
Vaterlandes nicht darum geht, ob die eine oder andere der Koalitions-
parteien einige Sitze mehr oder weniger hat, sondern ob beide zusam-
men aus dieser Wahl so stark hervorgehen, dass die Koalition in Bonn ge-
halten werden kann.

Mit freundlicher Empfehlung

ges. Wirsching

2 Landesvorsitzender der CDU

Und die Lehren daraus? Dem Volke wird erzählt, es ginge in Südwe-
ststaat nur um die Landesverfassung. Den Geldgebern verrät man offen, in
die Bonner Koalition gehalten werden muss. Im Wahlkampf liefern sich
CDU und FDP Scheingefechte in angeblicher Opposition gegeneinander.
Finanziert werden beide aus dem gleichen Topf.

Verantwortlich: Peter Rauau